

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
der Piratenfraktion

Erweiterung des Untersuchungsauftrags des 1. Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen des im Bau befindlichen Flughafens Berlin Brandenburg Willy Brandt (BER) – eingesetzt per Einsetzungsbeschluss am 27. September 2012 (DS 17/0544) – nach § 2 Abs. 3 UntAG.

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Untersuchungsauftrag wird um den Fragenkomplex F. „Krisenmanagement“ erweitert:

-
- F.1. Was haben Gesellschafter, Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Flughafengesellschaft unternommen, damit nach der gescheiterten Inbetriebnahme des BER zum 3. Juni 2012 der Flughafen schnellstmöglich fertig gestellt, abgenommen und eröffnet werden kann? Welche strukturellen Veränderungen in der Flughafengesellschaft, ihren Gremien sowie in der Organisation des Bauprojektes BER wurden vorgenommen? Welche strukturellen Veränderungen in der Kommunikation zwischen der FBB und dem Bauordnungsamt sind nach der gescheiterten Inbetriebnahme zum 3. Juni 2012 vorgenommen worden? Mit welchen Aufgaben und Zielen wurde durch die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH neues Personal, insbesondere im Bereich der Geschäftsführung, angestellt?
- F.2. Welcher finanzielle Schaden ist durch die Beseitigung von Mängeln und die Korrektur von Planungsfehlern entstanden, die im Zeitraum Ende 2011/I. Quartal 2012 (zur Sicherstellung der geplanten Inbetriebnahme 3. Juni 2012) in vielen Bereichen unkoordiniert verlaufen waren?

- F.3. Welche Einschätzungen, Gutachten, Sachverhalte lagen den zunächst verkündeten Inbetriebnahmetermen (17. März und 27. Oktober 2013) und welche Erkenntnisse den jeweiligen Absagen zu Grunde? Aus welchen Gründen, auf Basis welcher Erkenntnisse, Gutachten usw. wurde im Januar 2013 gänzlich auf eine Terminsetzung für die Inbetriebnahme des BER verzichtet?
- F.4. Wie verlief die über eineinhalbjährige Bestandsaufnahme der Baustelle BER ab Juni 2012 und weshalb dauerte die Bestandsaufnahme so lange? Welche Ergebnisse hat die Bestandsaufnahme erbracht? In welchen Bereichen des im Bau befindlichen Fluggastterminals kam es seit der gescheiterten Inbetriebnahme vom 3. Juni 2012 zu Baufortschritten und welche Kosten für die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH wurden dadurch verursacht?
- F.5. Welche finanziellen Auswirkungen hatten die erneut geplatzten Termine zur Inbetriebnahme vom 17. März und 27. Oktober 2013 bis zur Beschlussfassung des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Erweiterung des Untersuchungsauftrags des 1. Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode?
- F.6. Zu den mit der Gebäudetechnischen Ausstattung beauftragten Unternehmen zählten u.a. die Firmen Siemens, Bosch und hhp. Inwieweit wurden die bis zur Inbetriebnahme Juni 2012 geschlossenen Verträge von den an der TGA beteiligten Firmen erfüllt? Wurden finanziellen Forderungen dieser Firmen nach der vom Bauordnungsamt verweigerten Abnahme der Entrauchungsanlage durch die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH entsprochen? Wurden seitens der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH Gewährleistungen von den an der TGA beteiligten Firmen in Anspruch genommen? Wurden durch die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH weitere Aufträge, die die Errichtung des Fluggastterminals betreffen, vergeben? Wenn ja, welchen Inhalts?
- F.7. Welche Tatsachen führten 2012, in welcher jeweiligen Höhe, zum zusätzlichen Finanzbedarf/Beihilfebedarf von 1,2 Mrd. Euro im Zusammenhang mit dem Bau des BER? Welche Gründe führten dazu, dass diese Summe durch die Gesellschafter der FBB zugeführt wird und nicht über weitere Kredite bedient werden? Welcher darüber hinaus gehender Finanzbedarf besteht für die Fertigstellung und Inbetriebnahme des BER? Wurden die während der Kontrolle des Baufortschritts bis zum Ende des Jahres 2012 erlangten Kenntnisse sowie deren Dokumentation während des zu dieser Zeit laufenden Beihilfe-Notifizierungsverfahrens der EU-Kommission mitgeteilt?
- F.8. Welche Schadenersatzansprüche werden gegen die Flughafengesellschaft und die Gesellschafter aufgrund der Eröffnungsverschiebungen von BER erhoben. Wie hoch sind die entsprechenden Kostenrisiken?
- F. 9. Welche Auftragnehmer der Flughafengesellschaft hatten finanzielle Vorteile von der Nichteröffnung des BER?

Begründung:

Vor anderthalb Jahren musste die ursprünglich auf den 3. Juni 2012 terminierte Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg Willy Brandt (BER) abgesagt werden. Mit Erweiterung des Untersuchungsauftrages um den Fragenkomplex „Krisenmanagement“ soll vom Untersuchungsausschuss geklärt werden, wie und ob Gesellschafter, Aufsichtsrat und Geschäftsführung angemessen auf die kostenintensive Beseitigung von Mängeln und Planungsfehlern reagierten. Untersucht werden muss zudem der seit Absage der Juni-o.g. Inbetriebnahme entstandene finanzielle Schaden für den Steuerzahler.

Berlin, den 11. Februar 2014

Pop Kapek Otto Moritz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herberg Delius
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion